



KOMMENTAR

von Beatrice Achterberg

Wenn Friedrich Merz den Streit ums Rentenpaket nicht lösen kann, hängt seine Koalition am seidenen Faden

Deutschlands Kanzler steckt in der Klemme: Weil er der SPD bei der Rente zu viel versprochen hat, setzt ihn seine Parteijugend unter Druck. An deren Jahrestreffen drängte sie ihn zum Offenbarungseid. Merz ist angezählt.

16.11.2025, 11.37 Uhr ⌚ 3 min

Hören

2



Bundeskanzler Friedrich Merz nach seiner Rede bei der Jungen Union zum Deutschlandtag im Europa-Park Rust.

Chris Emil Janssen / Imago

Es sind mitunter kleine Dinge, die grosse Männer ins Straucheln bringen können. So könnte die Kanzlerschaft von Friedrich Merz wegen eines denkbar technokratischen Satzes ins Wanken geraten: «Auch nach 2031 liegt das Rentenniveau um rund einen Prozentpunkt höher als im geltenden Recht.» Dieser Passus geht nicht nur über den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD hinaus, er belastet den deutschen Bundeshaushalt von 2032 bis 2040 um zusätzliche 120 Milliarden Euro – zulasten der nachfolgenden Generationen.

Diese von den Sozialdemokraten untergejubelte Formulierung im Gesetzentwurf zum Rentenpaket der Regierung aus CDU, CSU und SPD hat 18 Nachwuchsabgeordnete der Union auf den Plan gerufen. Seit Monaten mahnt der Zusammenschluss jüngerer Unionsabgeordneter, dass sie diesem Entwurf aus Gründen der Generationengerechtigkeit nicht zustimmen können – vergeblich. Das Kabinett beschloss ihn dennoch, zur stillen Freude der SPD.

Merz hätte also darauf vorbereitet sein müssen, was ihn am Samstag beim Deutschlandtag der Jungen Union, dem Jugendverband von CDU und CSU, erwartete. Doch diesen Eindruck gewann man nicht. Für den Kanzler hätte es kaum schlechter laufen können: Er scheiterte in seiner Rede sowohl daran, die Jungen von seiner Position zu überzeugen, als auch daran, einen Kompromiss mit dem Koalitionspartner in Aussicht zu stellen. Am treffendsten brachte Merz das Problem selbst auf den Punkt. Eine junge Delegierte wollte wissen, was denn inhaltlich für den Rentenplan der SPD spreche, den die Spitzen von CDU und CSU mittragen: Merz' knappe Antwort: «Gar nichts spricht dafür.»

Vizekanzler Klingbeil will keinen Kompromiss

Doch wie geht es weiter? Die Lage ist festgefahren, denn der SPD-Chef Lars Klingel, gewiefter Gegenspieler und Vizekanzler, verkündete auf einem Landesparteitag der SPD ungerührt: «Wir stehen beim Thema Rente. Das werden wir im Bundestag verabschieden.» Die Botschaft ist klar: Die SPD-Fraktion ist nicht für einen Kompromiss zu haben. Einmal mehr fühlt sich die CDU, die die Wahl gewonnen hat, als Juniorpartner in der eigenen Koalition. Ein Gefühl, das man eigentlich mit der Ära Merkel hat hinter sich lassen wollen.

Dem Kanzler bleiben wenige Möglichkeiten, und keine ist ohne Risiko. Er könnte das Paket noch einmal aufschnüren und neu verhandeln lassen. Doch dann stünde ein zweiter Antagonist auf der Matte: Der CSU-Chef Markus Söder würde die Mütterrente, ein CSU-Prestigeprojekt, wohl nur dann aufgeben, wenn Merz ihm im Gegenzug das Kanzleramt überliesse.

Merz hat drei Optionen – alle bergen ein Risiko

Eine weitere Möglichkeit ist, den Entwurf still und heimlich verschwinden zu lassen, ihn nicht zur Abstimmung zu stellen. Das wäre weniger blamabel, als bei einer Abstimmung an den eigenen Leuten zu scheitern.

Die dritte Option wäre ein Kraftakt. Merz müsste die SPD daran erinnern, wer in dieser Koalition Koch und wer Kellner ist, und sich

notfalls auf seine Richtlinienkompetenz berufen. Der strittige Satz müsste gestrichen werden, schon um den ohnehin überlasteten Bundeshaushalt und künftige Regierungen nicht zusätzlich zu belasten. Wenn nicht, droht eine Minderheitsregierung, in der sich die Union mit wechselnden Mehrheiten aushilft. Damit diese Drohung überhaupt glaubwürdig wäre, müsste der Haushalt 2026 allerdings bereits sicher beschlossen sein. Nur danach könnte eine Regierung ohne Koalitionspartner überhaupt arbeiten.

Ob Merz die Autorität und das strategische Geschick dafür aufbringt, ist allerdings mehr als fraglich. Doch tut er es nicht, wird er noch im ersten Jahr seiner Kanzlerschaft zum Getriebenen – von einer eigenwilligen Fraktion und einer SPD, die trotz schmalen 15 Prozent in den Umfragen den Kanzler regelmässig zum Kellner macht. Lange kann das nicht mehr gutgehen.



2 Kommentare

Johann Sajdowski vor 9 Minuten

Was schlagen denn die Jungen vor? - Wenigstens den Nachhaltigkeitsfaktor wieder anwenden und keine weiteren Wahlgeschenke (Mütterrente). - Ist das nicht sinnvoll?

Vincent Kraeutler vor 18 Minuten

Eine spannende Entwicklung. Danke sehr fuer das Auflisten der Szenarien.

Alle Kommentare anzeigen

Passend zum Artikel



Showdown für den Kanzler: «Das kann doch wohl nicht euer Ernst sein», schmettert Friedrich Merz der Jungen Union entgegen

Beatrice Achterberg, Rust Gestern ⌚ 4 min



Die deutsche Wirtschaftsministerin fordert eine längere Lebensarbeitszeit – und stellt sich damit auf die Seite der Jungen Union

Isabelle Wachter, Berlin 11.11.2025 ⌚ 3 min



DER ANDERE BLICK
von Nathan Giwerzew, Berlin

Endlich rebellieren junge Abgeordnete gegen die Rentenpläne der